



Rechtsausschuss

24. Sitzung (öffentlich)

7. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Zentrum für Interkulturelle Kompetenz (ZIK) | 7 |
| | Vorstellung der Einrichtung durch Herrn Tim Behrend (Leiter des Zentrums) sowie Herrn Mustafa Doymus | |
| 2 | Todesfall infolge eines Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve (s. Anlage) | 12 |
| | Bericht der Landesregierung | |
| | Vorlage 17/1210 | |
| | Vorlage 17/1205 | |
| | Vorlage 17/1192 | |
| | Vorlage 17/1236 | |
| | Vertrauliche Vorlage 17/24 | |
| | Vorlage 17/1298 | |

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 49

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Ergänzung Drucksache 17/4100
hier: Einzelplan 04 (Justiz)
hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)
Vorlage 17/1091
Vorlage 17/1083 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/1090 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/1220
Vorlage 17/1224
Vorlage 17/1218
Vorlage 17/1227
Vorlage 17/1276
Vorlage 17/1275

Der im Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses befindliche **Einzelplan 16** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unter Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der im Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses befindliche **Einzelplan 04** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

4 Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2406
APr 17/368

Der Tagesordnungspunkt 4 wird einvernehmlich geschoben.

5 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 54

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Der Tagesordnungspunkt 5 wird einvernehmlich geschoben.

6 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 55

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 (Neudruck)
APr 17/357

Der Tagesordnungspunkt 6 wird einvernehmlich geschoben.

7 Mobilität für Landesbeschäftigte in NRW 56

Antrag
der FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3794

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine nachrichtliche Beteiligung.

8 Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen 57

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3774

Der Ausschuss verlegt eine Entscheidung in die Obleute-
runde.

9 Keine Doppelmandate im Landtag NRW 58

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3798

Der Tagesordnungspunkt 9 wird einvernehmlich geschoben.

10 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) 59

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3801

Der Tagesordnungspunkt 10 wird einvernehmlich geschoben.

11 Paralleljustiz in Nordrhein-Westfalen – Aushöhlung der deutschen Gerichtsbarkeit? 60

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1299

– ohne Diskussion –

12 Sicherheitslücken bei NRW-Staatsanwaltschaften 61

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1300

13 Tod eines Gefangenen nach Legionellen-Infektion in der JVA Hagen 62

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1301

14 Freizeitangebote in den Jugendstrafanstalten in NRW 63

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1302

- 15 Suizidversuch in der JVA Köln 64**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1303
- 16 Bundesratsinitiativen – Bundespolitische Ambitionen des Ministeriums der Justiz? 65**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1304
- 17 Loveparade-Prozess – steht Einstellung des Verfahrens bevor? 66**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1305
– ohne Diskussion –
- 18 Mobilfunkunterdrückung in Justizvollzugsanstalten NRW? 67**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1306
– ohne Diskussion –
- 19 Anzahl von Straftaten während Lockerungen 68**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1307
– ohne Diskussion –
- 20 Beschleunigung von Grundbucheintragungen – was hat Minister Biesenbach dazu unternommen? 69**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1308
– ohne Diskussion –

**21 Rechtsanwaltsvergütung – wie beurteilt die Landesregierung den
Vorschlag von DAV und BRAK? 70**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1309

– ohne Diskussion –

**22 Wahlbetrug bei studentischen Gremienwahlen an der Bergischen
Universität Wuppertal? 71**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1310

– ohne Diskussion –

23 Verschiedenes 72

– ohne Diskussion –
15.01.2018/

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Ergänzung Drucksache 17/4100
hier: Einzelplan 04 (Justiz)
hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)
Vorlage 17/1091
Vorlage 17/1083 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/1090 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/1220
Vorlage 17/1224
Vorlage 17/1218
Vorlage 17/1227
Vorlage 17/1276
Vorlage 17/1275

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil verweist auf die abschließende Beratung und die Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Nunmehr werde in die Einzelberatung der Kapitel des Einzelplans 04 und des Einzelplans 16 eingetreten.

Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof

– keine Fragen –

Einzelplan 04: Ministerium der Justiz

Kapitel 04 010, Ministerium

– keine Fragen –

Kapitel 04 020, Allgemeine Bewilligungen

– keine Fragen –

Kapitel 04 210, Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Sonja Bongers (SPD) hat zwei Fragen: Aus der Vorlage ergebe sich, dass zum 1. Oktober 2018 insgesamt 383 Stellen der Laufbahngruppe I.2 unbesetzt seien. Sie wolle wissen, wie viele der unbesetzten Stellen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfielen. Außerdem interessiere sie, wie viele der unbesetzten Stellen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Laufbahngruppe I.2 auf Amtsgerichte entfielen.

AL'in Gudrun Schäpers (MJ) informiert, auf Arbeitnehmerstellen entfielen 111,59 freie Stellen. Man könne aber nichts dazu sagen, wie viele davon auf Amtsgerichte bzw. auf Landgerichte entfielen; dazu sei die Statistik nicht kleinteilig genug.

Kapitel 04 215, Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften

– keine Fragen –

Kapitel 04 220, Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

– keine Fragen –

Kapitel 04 230, Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster

– keine Fragen –

Kapitel 04 240, Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte

– keine Fragen –

Kapitel 04 250, Landessozialgerichte und Sozialgerichte

– keine Fragen –

Kapitel 04 410, Justizvollzugseinrichtungen

– keine Fragen –

Kapitel 04 510, Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justizverwaltung

– keine Fragen –

Kapitel 04 900, Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

– keine Fragen –

Beilage 1, Verpflichtungsermächtigungen

– keine Fragen –

AL'in Gudrun Schäpers (MJ) trägt ergänzend zu den Fragen der SPD-Fraktion vor. In Frage 7 habe man sich nach den Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Fixierung erkundigt. Zu jenem Zeitpunkt habe man sich allein darauf berufen können, was sich im Haushaltsentwurf dargestellt habe.

Aus der Ergänzungsvorlage ergebe sich, dass für die ordentliche Gerichtsbarkeit 50 Stellen für Richterinnen und Richter am Amtsgericht ausgebracht würden und 50 Stellen für den Assistenzbereich. Des Weiteren hätten sich Auswirkungen im Rahmen des Strafvollzugs bemerkbar gemacht.

Es gebe eine weitere Anpassung zu erläutern, die sich im Zusammenhang mit der Ergänzungsvorlage ergeben habe. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses vom 26. September 2018 seien einige Fragen zum Thema „Justizvollzugsmodernisierungsprogramm“ gestellt worden.

Für das Einzelprojekt JVA Willich I habe ein Mietangebot vorgelegen. Das Ergebnis der dem Mietangebot zugrunde liegenden Kostenberechnung durch den Planer sei so drastisch ausgefallen, dass man die Notwendigkeit gesehen habe, hier haushaltsmäßig zu reagieren, da sich die Kosten deutlich anders entwickelt hätten, als 2014 bei

der damaligen Planung zugrunde gelegt. Daher habe man eine weitere Verpflichtungsermächtigung für erforderlich gehalten, die mit der Ergänzungsvorlage eingebracht worden sei.

Angela Erwin (CDU) nimmt insgesamt zum Haushalt Stellung:

Im Haushaltsentwurf für 2019 werde das Investitionsprogramm in der Justiz fortgesetzt, das im Jahr 2018 schon begonnen habe, was die Fraktionen von CDU und FDP für richtig und wichtig hielten. Entscheidend sei, dass die Justiz in personeller sowie in finanzieller Hinsicht gut ausgestattet werde. Bereits mit dem Haushalt 2018 habe man den ersten Schritt dahin unternommen, der Haushalt 2019 bedeute einen weiteren Schritt in die richtige Richtung.

Die Justiz habe einen starken Rechtsstaat zu gewährleisten; zugleich sei sie ein wichtiger Standortfaktor für NRW. Mit dem vorgelegten Haushalt entwickle sich die Justiz zu einem modernen, leistungsfähigen und -starken Motor für den Rechtsstaat.

Beispielhaft wolle sie drei Schwerpunkte nennen, die sich im Haushaltsentwurf 2019 wiederfinden:

Erstens werde auch im Haushalt 2019 die Justiz personell gestärkt: rund 400 neue Planstellen für die ordentliche Gerichtsbarkeit, die Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften, die Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie den Justizvollzug.

Zweitens liege ein besonderes Augenmerk auf den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz.

Drittens werde die begonnene Intensivierung der Digitalisierung, einer der wichtigsten aktuellen Herausforderungen, im Haushalt 2019 deutlich verstärkt.

Mit dem Haushalt 2019 setze die Landesregierung ein klares Bekenntnis zur Justiz. Daher werde dem Haushaltsentwurf zugestimmt.

(Beifall von der CDU)

Sonja Bongers (SPD) weist darauf hin, dass fast auf den Tag genau vor einem Jahr im Rechtsausschuss eine allgemeine Aussprache zu den rechtspolitischen Zielen des Ministers stattgefunden habe. Sie erinnere sich genau, dass die SPD-Fraktion seinerzeit eine konstruktive Mitarbeit angekündigt habe.

Dieses Versprechen habe die SPD-Fraktion auch eingehalten. Man habe den Minister dafür gelobt, dass im Haushalt 2018 viele neue Stellen vorgesehen versprochen worden seien. Der Minister habe daher seinerzeit das Lob verdient. Nun aber stehe man an einem Punkt, wo man über den Haushaltsvollzug reden müsse. Leider habe der Minister nicht geliefert. In der letzten Rechtsausschusssitzung habe der Minister sich darauf berufen, dies hätte einzig und allein damit zu tun, dass es nicht genügend qualifizierte Juristinnen und Juristen gebe. Das nehme sie, Bongers, dem Minister so nicht ab.

Zum 01.10.2018 wären 1.300 neue Stellen im Justiz- und Strafvollzug unbesetzt geblieben. Das bedeute rechnerisch, dass zum 01.10.2018 rechnerisch noch keine einzige der versprochenen Stellen bewilligt worden wäre. Ebenfalls auffällig sei die Zahl von über 1.000 sachgrundlosen Befristungen. Sie halte das für kein gutes Signal an Bewerberinnen und Bewerber. Wolle man die besten Köpfe, dann müsse eine sichere Grundlage für die Arbeit geschaffen werden.

Als Fazit lasse sich festhalten: Der Minister habe sehr viel versprochen, und diesen Versprechungen habe man im letzten Jahr geglaubt. Nun sei man eines Besseren belehrt worden. Für den Haushalt 2019 bleibe festzustellen, dass dieser zum Teil ziemlich ideenlos sei und strukturelle Verbesserungsvorschläge anderer – beispielsweise von Ver.di – noch nicht einmal in Betracht gezogen worden seien. In Zeiten voller Kassen lasse sich leider kein Gestaltungswille erkennen.

Der Haushalt 2019 werde als ambitionslos empfunden. Es bleibe zu hoffen, dass sich dies in den kommenden Jahren ändere und dass konstruktive Anmerkungen der Opposition oder der Gewerkschaften angenommen würden.

Der im Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses befindliche **Einzelplan 16** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unter Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der im Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses befindliche **Einzelplan 04** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.